



Arbeitskreis Inneres, Recht und Kommunales

Ansprechpartner:

Thorsten Pfau, Referent

☎ 0431 / 988-1349

E-Mail [t.pfau@spd.ltsh.de](mailto:t.pfau@spd.ltsh.de)

SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Landeshaus, Postfach 7121, 24171 Kiel

Vorsitzende des  
Innen- und Rechtsausschusses  
Herrn Barbara Ostmeier

Kiel, den 08.05.2013

über die Ausschussgeschäftsführerin  
Frau Dörte Schönfelder

im Hause

### **Tagesordnung der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 15.05.2013**

**hier: Änderungsantrag zum Antrag „Schleswig-Holstein – Land der Horizonte, der Weltoffenheit und des Respekts Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung“ (Drs. 18/439)**

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

in der Anlage übersende ich Ihnen einen Änderungsantrag zu dem o.g. Antrag mit der Bitte, diesen an die Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Kai Dolgner

## **Änderungsantrag**

der Fraktionen von

CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN

und der Abgeordneten des SSW

zum Antrag

**Schleswig-Holstein – Land der Horizonte, der Weltoffenheit und des Respekts**

**Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung**

(Drs. 18/439)

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag erkennt aufgrund anhaltender und besorgniserregender rassistischer Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung sowie der Gefahr der bestehenden und weiteren Verfestigung von Strukturen organisierten Rechtsextremismus die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in Schleswig-Holstein an.
2. Der Landtag bittet die Landesregierung, die bestehenden Strukturen im „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“ unter Einbeziehung freier Träger zu erweitern und weitere Regionalstellen im Land zu schaffen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure, der Landeszentrale für politische Bildung und des Landtags ein ganzheitliches Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung zu erarbeiten. Schwerpunkte sollen dabei u.a. Beratung und Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt und rassistischer Diskriminie-

rung, Sensibilisierung durch Öffentlichkeitsarbeit, Förderung des demokratischen Gedankens und Konzepten für präventive Maßnahmen bilden. Hierbei sind auch vorhandene Erfahrungen aus anderen Bundesländern in die programmatische Konzeption mit einzubeziehen. Auch sind die bereits bestehenden Aktivitäten und Einrichtungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie deren bisherige Finanzierung zu berücksichtigen. Doppelstrukturen einschließlich darauf beruhender finanzieller Folgen sollen vermieden werden.

4. Die Landesregierung wird beauftragt, die Umsetzung und Begleitung des Landesprogramms durch Abstimmung aller Ressorts und unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure zu koordinieren und hierfür eine geeignete Beteiligungsform zu entwickeln.
5. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über die Erarbeitung sowie Erfahrungen und Probleme bei der Umsetzung des Landesprogramms.

Axel Bernstein  
und Fraktion

Tobias von Pein  
und Fraktion

Burkhard Peters  
und Fraktion

Patrick Breyer  
und Fraktion

Lars Harms  
und die Abgeordneten des SSW